



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Manifest

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.

„WIE LEICHT IST ES DOCH, JEDE VORSTELLUNG ZU VERBRENNEN UND AUSZULÖSCHEN, DIE EINEM LÄSTIG ODER UNANGEMESSEN IST, UND GLEICH WIEDER VÖLLIG BERUHIGT ZU SEIN.“

Marc Aurel

Demokratie braucht Demokraten

Demokratie ist nicht selbstverständlich. Die Erfahrungen der Weimarer Republik und ihr Untergang sind mahnende Zeugen. Nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts scheint mit dem Sieg über den Sowjetkommunismus und der Überwindung jener schmerzlichen deutschen Zweistaatlichkeit sowie der Vollendung des Europäischen Einigungsprozesses eine Erfolgsgeschichte des demokratischen Parlamentarismus möglich und greifbar. Aber die vorschnelle Verkündung vom Ende der Geschichte verkennt, dass Demokratie keinem Automatismus folgt. Demokratie ist nicht selbstverständlich.

Das 21. Jahrhundert stellt uns vor neue Herausforderungen: Klimawandel, Wettstreit um Ressourcen und Teilhabe am ökonomischen Wachstum, Armut, Krankheit, ethnische Konflikte und religiöser Fundamentalismus – die Globalisierung verlangt Antworten, sie sind Aufgabe und Herausforderung zugleich.

Demokratie ist ein gemeinschaftliches Gut. Die Basis unserer demokratischen Verfasstheit, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, missbrauchend, suchen extremistische Kräfte die Fragen einer komplexen Welt zu simplifizieren und durch totalitäre Ideologien aufzuladen. Sie bedrohen damit

Staat und Gesellschaft. Die Zerstörung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist Ziel politischer Extremisten und religiöser Fundamentalisten.

Recht und Freiheit sind nicht selbstverständlich

Fremdenfeindliche Straftaten sind keine Seltenheit. Menschen werden auch heute aufgrund ihres Aussehens, ihrer politischen Gesinnung, ihrer Religion, ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Neigungen diskriminiert, bedroht, verfolgt, gequält und gar ermordet. Längst agieren Rechtsextreme über nationale Grenzen hinweg und verbreiten ihr Gedankengut über die freie Welt. Faschismus ist damit kein nationales Phänomen und die NPD keine Splitterpartei mehr. Mit ihrem biederem Anstrich mobilisieren die extremen Rechten nicht mehr nur jene, die ihre Ablehnung demokratischer Werte in Habitus und Phänotyp ungeniert in aller Öffentlichkeit zur Schau stellen. Sie wissen auch eine gesellschaftliche Minderheit hinter sich, die ihr bei der letzten Abgeordnetenhaus-Wahl in Berlin zum Einzug in fünf Berliner Bezirksverordnetenversammlungen gereichte. Ihrer Mobilisierungskraft ungeachtet, birgt sie die wachsende Gefahr, zum Sammelbecken rechtsextremer Kräfte und so zum Fundament einer gemeinsamen, übergreifenden Organisationseinheit zu werden. Jenes Amalgam, parteipolitisch organisierter und subkulturell agierender extremer Rechter ist ein die Jahrzehnte überdauerndes Geschwür in unserer Gesellschaft, dem es sich entgegen zu stellen gilt. Dieses Netzwerk verschiedener Strömungen bedient

sich eines Propagandaapparates, dessen Ziel u. a. die Ansprache unorganisierter Einzelpersonen ist. So heterogen diese Gruppierungen sind, eint sie doch der Gedanke von der Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und die Errichtung eines totalitären Staates auf Grundlage einer rassistisch geprägten „Volksgemeinschaft“.

Die extreme Rechte schreckt nicht mehr davor zurück, öffentliche Veranstaltungen demokratischer Parteien zu stören und die dort Anwesenden zu bedrohen. Die Erfahrungen des letzten Abgeordnetenhaus-Wahlkampfes haben allzu sehr verdeutlicht, dass Demokratinnen und Demokraten nicht mehr vor gewalttätigen Übergriffen sicher sind.

Doch nicht nur der Rechtsextremismus verlangt nach Antworten einer wehrhaften Demokratie. Wer heute mutwillig die Bundesrepublik Deutschland als einen „vom Imperialismus gekennzeichneten Staat“ einer „ihre Interessen aggressiv mit kriegerischen Mitteln durchsetzenden Gesellschaft“ geißelt, fällt billiger Wirklichkeitsverleumdung anheim. Nicht dem Wunsch nach einer menschenwürdigen, gleichberechtigten Gesellschaft wirken wir entgegen, wir sind ihr verpflichtet, sondern dem Ziel der Etablierung einer anachronistisch orientierten und human defizitären Gesellschaft als missgedeuteten Ideal und Bruch der Verfassung durch linke Extremisten.

Ungeachtet des politisch motivierten Extremismus, hat der 11. September 2001 eine neue Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung offenbart: Religiöse Fanatiker stellen das gesellschaftliche System ungeachtet politischer Richtungen in Frage - eine neue Dimension, die sich nicht allein auf den internationalen Terrorismus beschränkt, sondern tief in der Psyche eines fehlinterpretierten Islam verwurzelt ist.

Mit ihren Aktivitäten zielen religiöse Fanatiker letztlich auf die Errichtung eines Gottesstaates. Die säkulare Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland ist unantastbarer Teil des Grundgesetzes. Allen Bestrebungen an diesem Status etwas ändern zu wollen ist eine klare Absage zu erteilen. Das gilt für christliche Sekten ebenso wie für die Scientology-Organisation.

Demokratie braucht Demokraten. In dieser Tradition setzen wir die Arbeit des REICHSBANNERS im 21. Jahrhundert fort.

Wehret den Anfängen

Unter diesem Leitgedanken ist es für Demokratinnen

und Demokraten oberstes Gebot, die Sicherheit und das Fortbestehen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu fördern: Als Teil der zivilen Bürgergesellschaft fühlen wir uns dem Engagement für die Demokratie verpflichtet.

In der Tradition des 1924 zum Schutze der ersten Deutschen Republik und ihrer Verfassung gegründeten REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD, BUND EHEMALIGER DEUTSCHER KRIEGSTEILNEHMER UND REPUBLIKANER E.V., der 1933 von den Nationalsozialisten zerschlagen und 1951 unter dem Namen FREIHEITSBUND in Berlin wieder gegründet wurde, versteht sich das heutige REICHSBANNER als ein Verein, dessen Ziel die Sicherstellung und Förderung der Demokratie in Deutschland ist, der rechts- und linksextremistische Bedrohungen bekämpft und religiösen Extremismus zu verhindern sucht.

Die wichtigen Erfahrungen aus dem Widerstand von 1933 bis 1945 und die Erfahrungen aus 40 Jahren SED-Diktatur spielen dabei eine zentrale Rolle.

Wir Demokratinnen und Demokraten wollen mit unserem Engagement zeigen, dass totalitäre Ideologien keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Grundvoraussetzung dafür ist ein aktives, kritisches und demokratisches Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger und die Bereitschaft, die Demokratie zu schützen und zu verteidigen.

Die Arbeit des REICHSBANNERS im 21. Jahrhundert fußt daher auf drei Säulen:

1. Aufklärung und politische Bildung,
2. historische Forschung und Aufarbeitung sowie
3. politisch-demokratische Arbeit.
(Nähere Angaben zu den Aufgaben finden sich in der Satzung unter § 2)

Die Konstituierung des REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD – LV BERLIN-BRANDENBURG E.V. am 22. Februar 2008, dem 84. Jahrestag der REICHSBANNER-Gründung, nehmen wir unter diesen Gesichtspunkten und unter einer generationenübergreifenden Fortführung dieser wichtigen Arbeit vor. Wir laden alle Demokratinnen und Demokraten ein, aktiv an dieser Arbeit mitzuwirken.

Neukonstitutionierung des Landesverbandes Berlin - Brandenburg

84 Jahre nach der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat sich der Landesverband Berlin - Brandenburg am 22. Februar in einer Mitgliederversammlung in Räumen des Berliner Bendlerblocks neu konstituiert. Die Kameradinnen und Kameraden wählten Matthias Albrecht einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Landesverbandes. Ihm stehen Anja Hertel und Dennis Räther künftig als stellvertretende Vorsitzende zur Seite. Die Kasse führt Dirk König. Zum Schriftführer wurde Tobias Kretsch-

mann bestimmt. Nach der feierlichen Unterzeichnung eines Manifestes berichtete aus Hamburg Kamerad Hans Saalfeld vom Widerstand des Reichsbanners gegen die Diktaturen der Nationalsozialisten und Kommunisten. „In den 20er und 30er Jahren war die Hauptstadt eine Hochburg des Reichsbanners“, so der neue Vorsitzende Matthias Albrecht. Er und seine bislang 40 Mitstreiter wollen dafür sorgen, dass sie wieder dazu wird.



Mitgliederversammlung des Ortsvereins Frankfurt am Main

Das Reichsbanner in die Zukunft führen Generationenwechsel im Reichsbanner Frankfurt eröffnet neue Möglichkeiten

Frankfurt am Main, 19. April.

Der Ortsverein Frankfurt im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund Aktiver Demokraten e.V., hat ver-

gangenen Sonntag seine jährliche Mitgliederversammlung durchgeführt. In Anerkennung seiner Verdienste um den Ortsverein wurde dem langjährigen Vorsitzenden Hans Brück das Amt des Ehrenvorsitzenden angetragen, welches er unter großem Beifall aller Mitglieder annahm.

Anschließend wurde zum neuen Vorsitzenden des Ortsvereins einstimmig Cornelius Zimmermann gewählt. Der junge Rechtsanwalt aus Frankfurt will die Tradition des 1924 zum Schutze der Weimarer Republik gegründeten Vereines fortführen und ehren, dabei dem Ortsverein Frankfurt jedoch auch eine neue Zukunft erschließen.

„Die Zeit des Marschierens und der Straßenkämpfe ist vorbei. Es ist vielmehr zum einen das langsame Einsickern antidemokratischer Sichtweisen in breite Schichten der Bevölkerung, vor allem bei der Jugend, und zum anderen die wachsende Gleichgültigkeit breiter Bevölkerungskreise gegenüber Demokratie und Republik, was Extremisten und Populisten einen Nährboden für ihre dumpfen Parolen bietet. Dabei ist es gleichgültig, aus welcher Richtung der Angriff auf die Republik geführt wird. Neonazis, Kommunisten und religiöse Fanatiker unterscheiden sich nur durch die geistigen Ursprünge ihrer Ideologien. Das Ergebnis ihrer Machenschaften bleibt sich gleich und würde schlussendlich das Ende der Freiheit bedeuten.“, so der neue Vorsitzende Zimmermann zur heutigen Ausrichtung des Reichsbanners.

„Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bekennt sich daher zu seiner Aufgabe, freiheits- und demokratiefeindlichen Extremismus in allen seinen Ausprägungen mit Bildungsarbeit zu bekämpfen. Das Grundgesetz, die Republik, Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte sind nicht verhandelbar. Sie sind nicht abhängig von Herkunft, Kultur oder Religion, sondern für jedermann verbindlich. Mit Seminaren,

Vortragsveranstaltungen, Zeitzeugengesprächen, Gedenkveranstaltungen und einschlägigen Publikationen wollen wir künftig gegen die Feinde der Freiheit und ihre dreisten Lügen Stellung beziehen.“, ergänzt Florian Kaiser, welcher zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde.

Der Vorstand wird vervollständigt durch die Kassiererin Anita Brück, den stellvertretenden Kassierer Sebastian Oppermann, die Schriftführerin und Pressereferentin Anne Dequatremare, ihren Stellvertreter Sven Rathmann, sowie durch Jugendleiter Frederik Möller und den stellvertretenden Jugendleiter Karl-Heinrich Büchner. Zimmermann sieht in dem Team aus erfahrenen alten und tatkräftigen jungen Mitgliedern ein großes Potential und bekräftigt: „Dieses werden wir nutzen und dieses Jahr einige neue Projekte umsetzen.“

Veranstaltungen

Nächste Veranstaltung des Reichsbanners in Frankfurt ist eine Kranzniederlegung an den Gräbern der 1929 durch Nazis erstochenen Reichsbannermitglieder Heinrich Koch und Heinrich Schmidt auf dem Frankfurter Hauptfriedhof. Dazu treffen sich Mitglieder und Interessierte am 27. April um 18 Uhr an dessen Haupteingang.

27. 4. 2008 Kranzniederlegung in Frankfurt a.M

24. 4. 2008 Eröffnung der Ausstellung an der H. Schmidt Uni Hamburg

13. 5. Sitzung des Ortsvereins Frankfurt am Maim, Vereinsraum an der Konstabler Wache

20.-21.05. 2008 Teilnahme von 40 ausgewählten Schülern am Jugendkongress zum Verfassungstag

21. 5. 2008 Eröffnung der Ausstellung im Haus des Lehrers Berlin

13.-15.6. 2008 Teilnahme des Berliner Reichsbanners mit einem Info-Stand am Festival für junge Politik und Kultur „Berlin08“



Die Gemeinsamkeiten der SED-Diktatur mit der Nazi-Diktatur

Wer aus der Lektion der Geschichte nichts gelernt hat, der muss sie wiederholen

Deutschland wurde in diesem Jahrhundert zweimal von einer totalitären Diktatur, beide Male von sozialistischen Diktaturen, der nationalsozialistischen und kommunistisch-sozialistischen SED-Diktatur heimgesucht. Die zahlreichen Gemeinsamkeiten der beiden sozialistischen Terrorregime verwundern daher nicht, sondern sind eher charakteristisch für alle totalitären sozialistischen Diktaturen im 20. Jahrhundert.

Im einzelnen ergeben sich folgende elementare Gemeinsamkeiten und gleichartige Kriterien der Nazi-Diktatur und der SED-Diktatur:

Die Ideologie

Die Ideologie der Nazi- und der SED-Diktatur war sozialistisch. Bei den Nazis war die Ideologie „national“-sozialistisch. Die entscheidenden gemeinsamen Elemente dieser beiden sozialistischen Ideologien waren gleichermaßen: Der Einzelne galt nichts und war absolut der sozialistischen Gemeinschaft untergeordnet. Demzufolge waren die Menschenrechte in beiden Diktaturen verkümmert und waren kaum anwendbar. Die Grundrechte waren so gut wie suspendiert. Die Ideologie beherrschte sämtliche Facetten der Gesellschaft. Politische Gegner wurden rücksichtslos verfolgt, jede demokratisch-freie Regung im Keim zerstört.

Staatliche Macht

Die staatliche Macht lag bei der Nazi - sowie bei der SED-Diktatur allein in den Händen einer über alles (totalitär) bestimmenden Partei; bei den Nazis von 1933 bis 1945 in den Händen der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ und bei den Kommunisten nach 1945 in den Händen der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschland“.

Staatliches Gefüge

Das gesamte staatliche Gefüge war bei den Nazis sowie bei den Kommunisten allein nach den Interessen der sozialistischen Partei (NSDAP und SED) ausgerichtet. Jegliche Opposition war direkt oder indirekt verboten. Wer Oppositionspolitik betreiben wollte, wurde von den Nazis und von der SED eingesperrt oder liquidiert.

Die Parlamente in beiden Staaten, bei den Nazis der nur noch von den Nazis beherrschte Reichstag und bei der SED die „Volkskammer“ waren eine Farce, eine ineffiziente Versammlung von Ja-Sagern.

Die Wahlen bzw. Abstimmungen waren ausgemachte Schwindelwahlen; bei den Nazis die „Goebbels-Wahlen“ mit 99% Zustimmung und bei der SED die noch verlogeneren „Volkswahlen“, ebenfalls mit 99% Zustimmung.

Alle Gesetze und staatlichen Verordnungen wurden von den Parteiführungen, der der NSDAP und der der SED, veranlasst und bestimmt.

Die gesamte Personalpolitik im staatlichen Bereich bestimmte allein die herrschende Partei, bei den Nazis die NSDAP und bei den Kommunisten die SED.

Der Umstand, dass bei den Nazis alle Parteien außer natürlich der NSDAP verboten waren, und in der SED-Diktatur eine Reihe von ausgesprochenen Satellitenparteien existierte, ergibt keine unterschiedliche Position. Die Satellitenparteien hielt sich die SED nur als „Demokratische Camouflage“.

Recht

Wie alles in der NS- und SED-Diktatur war auch das Recht dem Machtanspruch der NSDAP und der SED untergeordnet. Ein rechtsstaatliches Gefüge mit unabhängigen Gerichten gab es in diesen Diktaturen nicht. Das Recht, vor allem das Strafrecht, hatte in beiden Diktaturen der Politik der Machthaber zu dienen und war durch die beherrschende Ideologie total prostituiert.

Das Feindpotenzial

Zur Vervollständigung der sozialistischen Ideologie der Nazi- und der SED-Diktatur gehörte ein entsprechendes „Feindpotenzial“. Bei den Nazis waren dies je nach den Wahnideen der Begründer der betreffenden Ideologie die Juden, die Bolchewisten und die Demokraten, bei den Kommunisten der „Klassenfeind“, wozu auf jeden Fall die „Bourgeoisie“ und die „Demokraten“ gehörten.

Die Geheimpolizei

Von der Bevölkerung gefürchtet, gab es in der NS-Diktatur die Gestapo (Geheime Staatspolizei) und in der zweiten Hälfte der Nazi-Zeit verstärkt den SD (Sicherheitsdienst) der SS. Die SED unterhielt für den gleichen Zweck ihren „Sicherheitsdienst“.

Das Militärische

Über die allgemeine Wehrpflicht hinaus gaben sich beide Diktaturen einen starken äußerlichen und innerlichen militärischen Anstrich. Uniformen bestimmten den Alltag bei den Nazis sowie bei den Kommunisten. Vormilitärische Ausbildung und so genannte „Wehrtüchtigung“ waren an der Tagesordnung. Das Militär, bei den Nazis die „Wehrmacht“ und bei der SED die „Volksarmee“ nahm eine gesellschaftliche Spitzenstellung ein.

Die nichtexistierenden Bürgerrechte

In der NS- sowie in der SED-Diktatur wurden die Menschenrechte mit Füßen getreten. Nicht, dass gegen die Menschen allgemein ein ständiger und fühlbarer Terror ausgeübt wurde - wer von vornherein auf seine Menschenrechte verzichtete oder sich voller Opportunismus dem Regime zur Verfügung stellte, lebte, wenn sich zufällig keine heikle Situation gegen ihn ergab, relativ unbehelligt.

Der Meinungsterror

Die NSDAP und SED bestimmten in gleicher Weise, was die Menschen in ihren Diktaturen lesen durften, welche Zeitungen und Bücher sie kaufen durften was ihnen von den staatlichen parteiabhängigen Sendern vorgesetzt wurde, welche Vorträge und Redner sie hören durften und welche Nachrichten ihnen mitgeteilt oder nicht mitgeteilt wurden. Alles war auf die Interessen der NSDAP und der SED abgestellt, und alle Medien waren gleichgeschaltet.

Die eingeschränkte Religionsfreiheit und die Rolle der Kirchen

Im großen und ganzen duldeten die beiden Diktaturen die Ausübung der Religion durch die Menschen, so lange nicht ideologische oder Parteiinteressen dagegen standen.

Die missbrauchte Jugend

Natürlich wurde in beiden Diktaturen die Jugend „gleichgeschaltet“ und wie so vieles andere von der jeweiligen Diktatur missbraucht. In beiden Diktaturen gab es nur je eine „Staatsjugend“. Bei den Nazis

die „Hitlerjugend“, die „HJ“, und die Kommunisten der SED-Diktatur unterhielten die „Die Freie Deutsche Jugend“, die „FDJ“. Aufgabenstellung und Tätigkeit der beiden Staatsjugendorganisationen waren einzig und allein auf die Interessen der NSDAP bzw. der SED abgestellt. Hier der große „Führer“ Adolf Hitler, dort der „Große Stalin“ oder später Lenin.

Die Pseudo-Gewerkschaften

Die Gewerkschaften und Diktaturen schließen einander aus. So hatten die Nazis die Freien Gewerkschaften gleich nach dem 1. Mai 1933 verboten und die Kommunisten ließen Freie Gewerkschaften gar nicht erst entstehen. Bei den Nazis hatte die „Deutsche Arbeitsfront“ die Aufgabe die Arbeiter und Angestellten „auf Vordermann“ für den Produktionsprozess zu bringen und die Arbeitnehmer sozial zu betreuen. Bei den Kommunisten übernahm fast deckungsgleich der „FDGB“ diese Aufgabe. Arbeitnehmerrechte wurden nicht vertreten. Streikrecht gab es nicht. Lohntarife, Arbeitszeit und Urlaubsregelungen etc. bestimmte die Partei; hier die NSDAP, dort die SED.

Politische Häftlinge und Flüchtlinge

In jeder Diktatur sind politische Häftlinge und Flüchtlinge ein Hauptcharakteristikum, an dem man die Unmenschlichkeit des Regimes erkennen kann. In der Nazi-Diktatur wurden zunächst Kommunisten und Sozialdemokraten verhaftet, misshandelt und festgesetzt. Gleichzeitig flüchteten tausende von Menschen aus dem „Dritten Reich“. Dann wurden hunderttausende von deutschen Juden zur Auswanderung gezwungen und hunderttausende inhaftiert und getötet. Dazwischen wurden außer Sozialdemokraten und Kommunisten auch tausende anderer Regimegegner inhaftiert.

Die SED ließ 1945/46 150.000 Bürger als Klassenfeinde unter dem Vorwand, es handele sich um Nazi- und Kriegsverbrecher verhaften. 70.000 davon sind in der Haft umgekommen. Dann wurden weitere Klassen- und Friedensfeinde - wer das war, bestimmte die Partei - inhaftiert. Bis zum Zusammenbruch 1989 wurden noch einmal 190.000 Menschen verhaftet, davon kamen 20.000 in der Haft um. Während der Zeit der sozialistischen Diktatur der SED flüchteten 4 Millionen Menschen vor dem sozialistischen Terror der SED aus der DDR.

Die Schadenshinterlassenschaft der SED-Diktatur

Die Schäden, die die SED-Diktatur nach dem Zusammenbruch hinterlassen hat, sind so gravierend,

dass nach Expertenschätzung weit über 500 Milliarden Euro aufgebracht werden müssen um diese Schäden wenigstens einigermaßen zu beheben. Wenn die so genannte „DDR“ noch ein bis zwei Jahre weiter bestanden hätte, wäre es zu einer wirtschaftlichen, sozialen und Umweltkatastrophe gekommen. Das ist das Ergebnis der über 40-Jahre andauernden Diktatur einer Bande von ideologischen Dummköpfen und Verbrechern.

Schäden an der Umwelt und an der Natur

Rücksichtslose Ausbeutung des Bodens (z.B. in den Braunkohle- und Wismutgebieten)

Gravierende Bodenverschmutzung (z.B. im Raum Bitterfeld und in der Landwirtschaft)

Erhebliche Wasserverschmutzung (z.B. in den Gewässern der Elbe, Saale, Mulde etc.)

Unzureichende und unzuverlässige Wasserkläranlagen mit Verschmutzung örtlicher Gewässer

Überdimensionales Waldsterben (z.B. im Erzgebirge)

Erhebliche Luftverschmutzung (z.B. in Leuna und durch Hausöfen mit schlechter Braunkohle)

Zerstörung der Natur in den Grenzstreifen mit erheblichen ökologischen Folgen

Beeinträchtigung der Lebensqualität durch zahlreiche Schäden

Erhebliche Verrottung der Altbausubstanz in fast allen Städten (z.B. in Halle, Leipzig etc.)

Miserable Bauausführung in den Neubaugebieten (z.B. in Marzahn und Halle-Neustadt)

Schwere Lädierungen der Stadtbilder durch unqualifizierte Neubauten (z.B. in Potsdam etc.)

Fahrlässige Verrottung der unterirdischen Versorgungsanlagen (z.B. Wasser, Strom, Gas)

Rückständige und unzureichende Telefonanlagen mit Konsequenzen für die Wirtschaft

Unzureichende Zentralheizungs- und Fernwärmeversorgung

Schlechte Qualität der Erholungseinrichtungen

Schwere Schäden im Wirtschaftsbereich

Stark rückständiger Maschinenpark in den Betrieben

Gegenüber dem internationalen Niveau teilweise schlechte Qualität der Industrieprodukte

Schlechte Arbeitsschutzeinrichtungen für die Arbeitskräfte

Unzureichendes Versorgungsnetz im Groß- und Einzelhandelsbereich

Gravierende Schäden im Verkehrsbereich

Unzureichendes Straßennetz und schlechte Straßenqualität

Verrottung des Eisenbahnwesens, vor allem im Ober- und Unterbau der Gleisanlagen

Unzureichender und qualitativ schlechter Luftverkehr

Soziales

Schlechte Altersrenten

Unzureichendes Gesundheitswesen

Rückständige Medikamentenversorgung

Bisher hat die Bundesregierung aus dem westlichen Steueraufkommen 180 Milliarden Euro im Gebiet der ehemaligen so genannten „DDR“ investiert und damit nicht nur eine drohende wirtschaftliche, ökologische und soziale Katastrophe verhindert, sondern ein gutes infrastrukturelles Fundament für den Neuaufbau gelegt.

Hans Bonkas

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin.

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner-Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 Euro zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluss.

Gesamtherstellung: Graficor Werbemittlung, Inh. Harald Mader, Langer Weg 13, 65760 Eschborn.

Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Bundesvorsitzender: Hans Bonkas

Weltmeister...

...fallen nicht vom Himmel – im Gegenteil. Ohne eine effektive Förderung des Breitensports bliebe so manches Talent unentdeckt. Daher nimmt besonders die Jugendförderung in unserem Sport-Sponsoring einen hohen Stellenwert ein. So haben die Talente unserer Region mehr Chancen, große Sportler zu werden.

*Aktiv für die Region.
Fraport. Die Airport Manager.*

www.aktivfuerdieregion.fraport.de

